



Get Organized to Strike! Unter diesem Motto fand am 3. Juli 2021 der bundesweite TVStud-Aktionstag in Hannover statt.

#unverzichtbar

Erste Erfolge für TVStud-Bewegung

// Im April 2021 startete die von GEW und ver.di unterstützte Kampagne „Keine Ausnahme!“, die sich für bessere Arbeitsbedingungen und einen Tarifvertrag (TVStud) für Hilfskräfte und Tutor*innen einsetzt. Ein halbes Jahr später war die Tarifierung studentischer Beschäftigung Verhandlungsthema in der Tarifrunde der Länder – und fand in Form einer Gesprächszusage ihren Niederschlag im Tarifabschluss. //

1981 trat der erste Tarifvertrag für studentische Beschäftigte in Berlin in Kraft. 1991 legten die Gewerkschaften einen Entwurf für einen bundesweiten Tarifvertrag für studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte vor, der jedoch abgelehnt wurde. Seitdem blockiert die Arbeitgeberseite, die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), die sich aus den Finanzminister*innen der Länder zusammensetzt, jegliche Bestrebungen, die Arbeitsbedingungen der mehr als 300.000 Hilfskräfte und Tutor*innen an deutschen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen tariflich abzusichern. Heute, 30 Jahre später, bekommt die Blockade erste Risse. Auf die von GEW und ver.di in die Tarifrunde der Länder eingebrachte Forderung folgte nach dem „Streiksemester“ der bundesweit vernetzten TVStud-Bewegung eine Gesprächszusage mit dem Ziel einer „Bestandsaufnahme über die Beschäftigungsbedingungen der studentischen Hilfskräfte“: ein wichtiger Meilenstein und Teilerfolg angesichts der schwierigen Ausgangslage.

Sozial selektive Beschäftigung

Zwei Drittel aller Studierenden sind auf Nebenjobs angewiesen, um sich ihr Studium finanzieren zu können, das hat die 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks (DSW) ergeben. Es ist also weniger die Frage, ob Studierende arbeiten, sondern vielmehr welche Studierenden wo arbeiten. Hier zeigt sich die soziale Selektivität der aktuellen Beschäftigungsverhältnisse: So kam der alternative BAföG-Bericht der DGB-Jugend 2016 zu dem Ergebnis, dass sozio-

ökonomisch schlechter gestellte Studierende häufiger in fachfremden Nebenjobs wie der Gastronomie arbeiten. An den Hochschulen hingegen arbeiten überdurchschnittlich viele Studierende aus Akademiker*innen-Haushalten. Dies geht aus der von der GEW-nahen Max-Traeger-Stiftung geförderten Studie „Studentische MitarbeiterInnen“ von Alexander Lenger, Christian Schneickert und Stefan Priebe aus dem Jahr 2012 hervor: Fast 60 Prozent der studentischen Beschäftigten stammen aus bildungsnahen Familien, 25 Prozent sogar aus der höchsten Gruppe „sehr bildungsnah“; zudem kommen sie „tendenziell aus ökonomisch privilegierten Schichten“. Die strukturellen Hürden manifestieren diese Differenz: Wer auf den Job als studentische*r Beschäftigte*r ökonomisch nicht angewiesen ist, um das Studium finanzieren zu können, kann einen mit nur wenigen Stunden ausgestatteten und auf überwiegend zwei bis sechs Monate befristeten Vertrag zu einem Gehalt knapp über dem Mindestlohn annehmen, um die Erfahrungen für die eigene (akademische) Karriere mitzunehmen – andere hingegen können sich einen prekären Job nicht leisten.

Was sind „Hilfstätigkeiten“?

Derlei Arbeitsbedingungen leben von Narrativen wie dem des „Türöffners“ und der Qualifizierung, davon, dass die studentischen Beschäftigten hineinsozialisiert werden in eine (universitäre) Arbeitswelt, in der man die eigenen Tätigkeiten eher als ständige Bereicherung für den eigenen Lebenslauf oder Ausdruck der eigenen Forschungsinteressen ansieht, weniger jedoch als Lohnarbeit, die entsprechend zu vergüten wäre. Hinzu kommt, dass es sich bei der Arbeit um „Hilfstätigkeiten“, also keine „richtige“ Arbeit handele. Vor dem Hintergrund der Alltagsrealität an deutschen Hochschulen ist das blanker Hohn, denn Tutorien und studentische Lehrveranstaltungen decken teils ganze Module ab, studentische Beschäftigte stemmen die IT-, Beratungs- und Bibliotheksservices, beaufsichtigen und korrigieren Prüfungen und in der Forschung gehört nicht

Fortsetzung auf Seite 2

In dieser Ausgabe

#IchBinHanna wirkt!

Die Kunstfigur Hanna ist zum Synonym für den Protest Zehntausender gegen den Befristungswahnsinn in der Wissenschaft geworden – und der Protest zeigt Wirkung: Die GEW-Forderung „Dauerstellen für Daueraufgaben“ hat es in den Koalitionsvertrag geschafft. Die GEW und Hanna kämpfen weiter, damit den Zitat Taten folgen. Seite 3

Exmatrikuliert und drangsaliert

Studierende in Belarus fürchten um ihr Leben. Das Regime unter Präsident Lukaschenko lässt kritische junge Menschen verhaften, viele müssen die Hochschulen verlassen. Interview mit zwei Mitgliedern der Studierenden-Gewerkschaft, die die read.me im westeuropäischen Ausland getroffen hat. Seite 4

50 Jahre BAföG? Kein Grund zu feiern!

Wenn das BAföG zu mehr Bildungsgerechtigkeit führen soll, brauchen wir ein System gesamtgesellschaftlicher Solidarität und eine Abkehr von der familienabhängigen Förderung. Denn darin liegt ein Hauptproblem des Gesetzes. Zwei Studierende analysieren Realität und Reformpläne. Seite 6

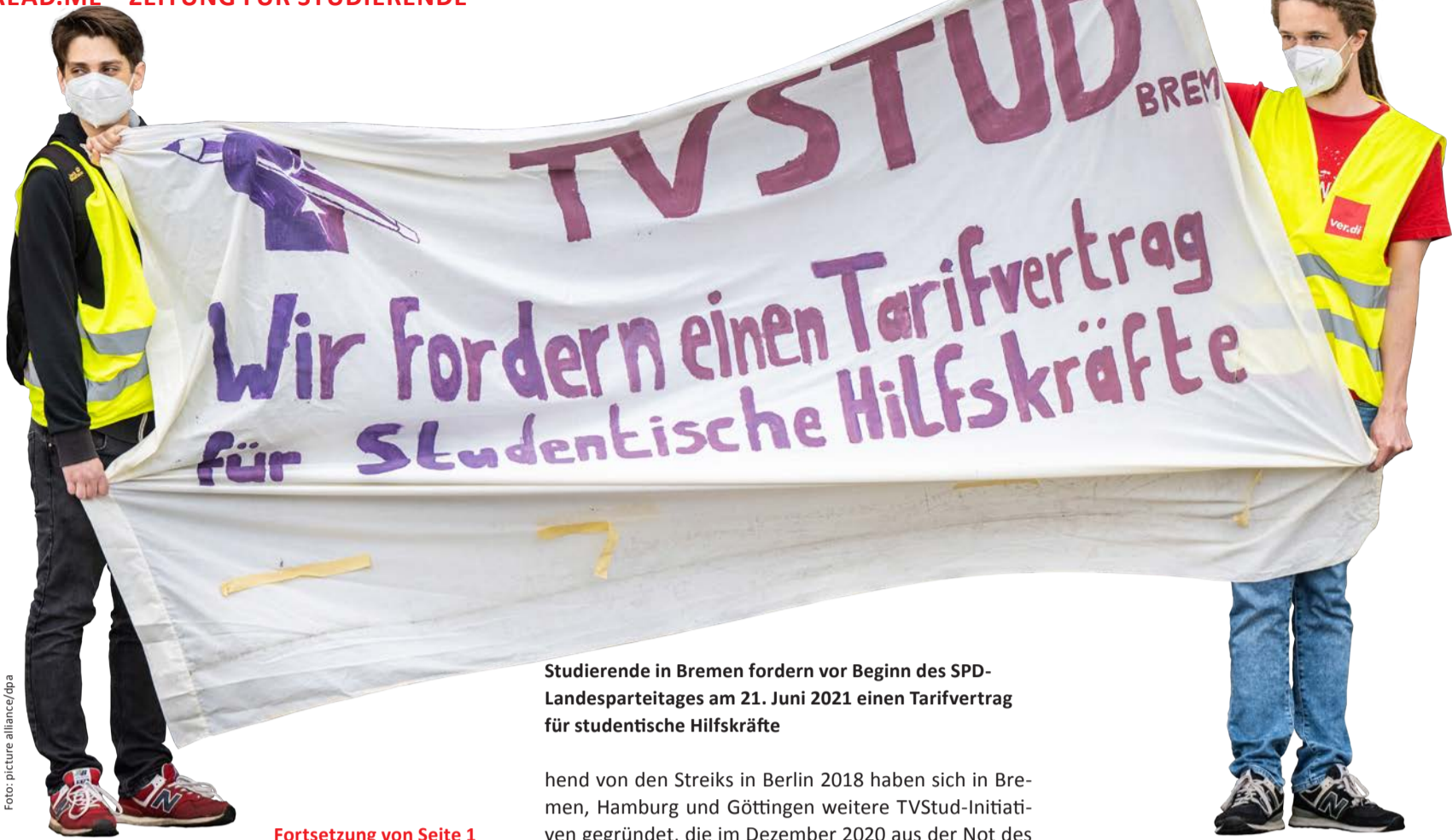


Foto: picture alliance/dpa

Studierende in Bremen fordern vor Beginn des SPD-Landesparteitages am 21. Juni 2021 einen Tarifvertrag für studentische Hilfskräfte

Fortsetzung von Seite 1

nur die Erhebung und Auswertung von Daten, sondern teilweise sogar das Verfassen eigener Artikel zu ihrem Aufgabenfeld.

Strukturelle Missstände

Die fehlende Anerkennung für die konstitutive Rolle, die studentische Beschäftigte an deutschen Hochschulen spielen, lässt sich zudem an zwei Punkten deutlich herausstellen: Zum einen werden studentische Beschäftigte in den Haushalten der Hochschulen in der Regel wie „Sachmittel“ geführt und es gibt keine festen Stellenkontingente. Das heißt: Ob ein neuer Drucker angeschafft oder eine weitere „Hilfskraft“ angestellt werden soll, können die Professor*innen entscheiden. Zum anderen sind die studentischen Beschäftigten neben den Lehrbeauftragten die einzige und vor allem mit mehr als 300.000 Beschäftigten eine enorm große Gruppe, die vom Tarifvertrag der Länder ausgeschlossen ist. Gegen diese strukturellen Missstände – immerhin die größte Tariflücke im Öffentlichen Dienst – regt sich seit längerer Zeit Widerstand, und er wird größer. Ausge-

hend von den Streiks in Berlin 2018 haben sich in Bremen, Hamburg und Göttingen weitere TVStud-Initiativen gegründet, die im Dezember 2020 aus der Not des Digitalsemesters eine Tugend machten und online zur Vernetzung von TVStud-Aktiven und -Interessierten einluden. Daraus entstanden ist die bundesweite Kampagne „Keine Ausnahme!“, die bessere Arbeitsbedingungen für studentische Beschäftigte fordert. Es ist ein arbeitsfähiges Bündnis mit Aktiven aus über 25 Initiativen und 50 Städten entstanden. Diese trotz Pandemie schnell gewachsene Bewegung hat eine Dynamik entfaltet, die dazu führte, dass das Thema TVStud in den Gewerkschaften GEW und ver.di prominent auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Die Tarifierung studentischer Beschäftigung wurde zudem in den Forderungs- und Erwartungskatalog für die diesjährige Tarifrunde der Länder aufgenommen!

Die Arbeitgeberseite, die Tarifgemeinschaft der Länder, repräsentiert durch die Finanzminister*innen, zeigt sich bislang unbeeindruckt von jeglichen Tarifforderungen für studentische Beschäftigte und beharrt auf ihrer jahrzehntelang tradierten Blockadehaltung. Neben der Aufnahme eines Kodex für gute Arbeit in den hessischen Ländertarifvertrag konnte als einzige struk-

turelle Forderung in der bundesweiten Ländertarifrunde immerhin eine Gesprächszusage erreicht werden – TVStud bleibt also Thema. Damit aus den Worten, die SPD wie Grüne mit ihren Fürsprachen für mehr Mitbestimmung und Tarifverträge oft genug verlautbaren, handfeste Tatsachen geschaffen werden können, gilt es nun, diese Gespräche und die Bestandsaufnahme selbst in die Hand zu nehmen und kraftvoll zu begleiten. Der Kampf geht weiter!



Foto: Nikita Müldge

Ann-Kathrin Hoffmann studiert Wirtschaft/Politik und Geschichte auf Lehramt an der Universität Flensburg. Sie ist Mitglied der GEW Schleswig-Holstein und seit Dezember 2020 im Sprecher*innenteam des Bundesausschuss der GEW-Studierenden (BAGS).



Foto: Kay Hirschelmann

Die GEW unterstützte aktiv den Aktionstag der studentischen Beschäftigten am 3. Juli 2021 in Hannover

Mach mit bei unserer Bestandsaufnahme!

Studentische Beschäftigte sind die Expert*innen für ihre eigenen Arbeitsbedingungen – und zu denen führt die bundesweite TVStud-Vernetzung in Kooperation mit GEW, ver.di und dem Institut Arbeit und Wirtschaft (IAW) der Universität Bremen eine **Erhebung** durch.

Sei jetzt dabei und sprich mit deinen Kolleg*innen vor Ort! Gemeinsam schaffen wir Fakten und machen aus der Gesprächs- eine Verhandlungszusage! Den Fragebogen kannst du ab sofort unter tvstud.de herunterladen.

Du willst mehr darüber erfahren, was die nächsten Schritte sind oder wie du mit dem Fragebogen deinen Aktivenkreis vor Ort auf- und ausbauen kannst? Dann komm zu den **bundesweiten Vernetzungstreffen, jeden 2. Samstag um 17 Uhr**. Die aktuellsten Infos und Zugangsdaten erhältst du via Mail an mail@tvstud.de.

Kommentar

Studierende und studentische Beschäftigte: Organisiert Euch!

Im Oktober startete nicht nur die Tarifrunde der Länder, sondern auch – zumindest überwiegend – das erste Präsenzsemester nach eineinhalb Jahren Onlinelehre. Beides hat die TVStud-Initiative in Hamburg zum Anlass genommen, das „Streiksemester“ mit einer Hörsaalbesetzung einzuläuten, um sich gegen unzureichende Studien- und Hochschulfinanzierung sowie für bessere Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft, vor allem für Entfristungen und einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte, auszusprechen. Vielerorts werden in diesem Semester erstmals studentische Beschäftigte zum Streik in einer Tarifrunde aufgerufen, in der es auch um eine tarifliche Absicherung ihrer eigenen Arbeitsbedingungen geht. Bundesweit gingen studentische Beschäftigte bei Streikaktionen auf die Straßen, machten Veranstaltungen und organisierten Demonstrationen. Von Tübingen über Heidelberg bis Kiel und Hamburg, von Leipzig, Jena, Mainz bis Düsseldorf, Göttingen, Bremen und Potsdam, bundesweit machten die Studierenden und ihre Unterstützer*innen mit pinken Fahnen und Transparenten deutlich: keine Ausnahme mehr bei ihren Arbeitsbedingungen – denn ihre Arbeit ist **#unverzichtbar**.

Gleichwohl ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad an den Hochschulen insgesamt und insbesondere unter den studentischen Beschäftigten noch sehr gering – die Fluktuation ist hoch, Aktive scheiden aus, wenn sie das Studium beendet haben, befristete Kurzzeitverträge als Regelbeschäftigungsverhältnisse erschweren den Aufbau längerfristiger Strukturen. Mehrfachabhängig-

keiten von den Vorgesetzten wiederum lassen viele vor dem Aktivwerden zurückschrecken. Trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen war der Erfolg der studentischen Tarifbewegung in den letzten Monaten beeindruckend und hat gezeigt: Organisation kann funktionieren. Und sie wirkt!

Die zugesagten Gespräche zur Bestandsaufnahme über die Arbeitsbedingungen studentischer Beschäftigter sind noch lange kein Tarifvertrag, aber ein erster wichtiger Schritt: Die bundesweite TVStud-Vernetzung hat den Fuß in der Tür der TdL, und sie wird dafür sorgen, dass sich diese Tür nicht so schnell wieder schließt. Mit Blick auf die anstehenden Gespräche gilt es erneut, die eigenen Kolleg*innen anzusprechen und zu organisieren. Zusätzlich zu den Gesprächen auf Bundesebene stehen 2022 gleich mehrere Landtagswahlen an – neben Hochschulgesetzesnovellen weitere wichtige Organisationsanlässe und Angriffspunkte, um der Politik Zugeständnisse abzurufen und so mittelfristig über das Commitment in einzelnen Ländern die Ausgangsbedingungen für die Ländertarifrunde 2023 zu verbessern. Doch vorerst zurück zum Anfang: den Gesprächen mit Kolleg*innen. Mit ihnen beginnt der Auf- und Ausbau von Aktivenstrukturen, denn nur die (studentischen) Beschäftigten selbst können innerhalb ihrer eigenen Reihen Mehrheiten organisieren, die für die kollektive Durchsetzung der Interessen notwendig sind. In diesem Sinne: **get organized!**

Ann-Kathrin Hoffmann